

Flörsheimer Zeitung

Anzeiger f. d. Maingau Maingauzeitung Flörsheimer Anzeiger

Erscheint: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illustr. Beilage) Druck u. Verlag sowie verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Flörsheim, Rathhauserstraße 8. Telefon Nr. 50. Postfachkonto 168 67 Frankfurt.



Anzeigen kosten die 6gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfennig. Kleinere Anzeigen werden nach dem Raum berechnet. Der Bezugspreis beträgt 1.— RM. Bei Postbezug 1.50 RM.

Nummer 12.

Dienstag, den 2. März 1926

30. Jahrgang

Neues vom Tage.

— Der Volkstrauertag ist im ganzen Deutschen Reich würdig gefeiert worden.

— Der Brief, durch den der bisherige Parteivorsitzende der Deutschen Nationalen Volkspartei, Winkler, sein Scheiden von dem Völkerverbande bekanntgab, ist an die zuständigen Stellen abgegeben.

— Eine deutsche Stellungnahme zu dem Mussolini-Interview wird erst nach Eintreffen seines Wortlauts erfolgen.

— Das norwegische Kabinett ist durch die Reichsparteien und den Bauernbund gestützt worden.

— Nach der „Daily Telegraph“ hat sich die Mehrheit der englischen Minister für eine Klarlegung des englischen Standpunktes durch einen Rabinettbeschluss und Verabredung der Behandlung aller Ansprüche auf einen Ratstag außer dem Deutschen bis zur Septemberversammlung des Völkerverbandes ausgesprochen.

— Die italienischen Völkerverbände in London und Paris sind zur Berichterstattung über die politische Lage in Rom eingetroffen.

— In amerikanischen politischen Kreisen wird die gegenwärtige Völkerverbandskrise als die ernsteste bezeichnet, die der Völkerverband bisher erlebt hat.

Verlorene Mühe?

Seite steht die Frage zur Erörterung, ob alle die unendliche Arbeit der Diplomaten für den Eintritt Deutschlands in den Völkerverband, die ziemlich ein Jahr in Anspruch genommen hat, umsonst gewesen sein soll, indem zu allererst noch Zwischenfälle geltend machen, die man sämtlich aus dem Weg geräumt zu haben glaubte, und soll mit dieser Angelegenheit auch die Wirksamkeit des Vertrages von Locarno verknüpft werden? Man kann das eigentlich kaum glauben und deshalb auch nicht annehmen, daß es wegen der Schwierigkeiten zu überwinden ist. Das war bei so vielen Differenzen der Fall, daß es auch hier nicht unmöglich sein sollte. Wenn es sich heute um einen Kampf wegen der Verneuerung der Ratsfrage handelt, so könnte nicht nur Sieg oder Niederlage in Betracht kommen, sondern es müßte einen Vergleich geben, der dem Geiste der Verständigung entspricht. Die Minister Briand und Chamberlain hatten sich in den letzten Tagen für die Verneuerung der Ratsfrage im Prinzip ausgesprochen, wenn sie auch die letzte Entscheidung dem Völkerverband selbst anheim geben wollten. Jedenfalls finden sie es erklärlich, daß Polen nachträglich die Forderung gestellt hatte, ebenso wie das Deutsche Reich in den Rat des Völkerverbandes einzutreten. Die Dinge haben sich in England demnach zugespitzt, daß es nicht an Bliden fehlt, welche den Rücktritt Chamberlains verlangen, falls er sich nicht entschließen kann, seinen Standpunkt zu ändern. An den britischen Ministerpräsidenten Baldwin ist das Verlangen gerichtet worden, Chamberlain, wenn dieser nach Genf geht, die bestimmte Anweisung mitzugeben, gegen die Verneuerung der Ratsfrage zu stimmen. England soll selbstständig bleiben, das ist die Parole in London. Der französische Ministerpräsident wird sich dazu noch zu äußern haben. Bisher sieht er in seiner Stellung keinen Anlaß zu internationalen Unzulänglichkeiten.

Als 1919 der Völkerverband in Genf errichtet wurde, war von einem Eintritt Deutschlands noch keine Rede. Dann aber wurde die Aufnahme von Amerika, Deutschland und Rußland offen gehalten. Als dann in Locarno der Eintritt des Deutschen Reiches in den Bund und in den Rat beschlossen wurde, war von weiteren Entschlüssen noch immer keine Rede, und die Reichsregierung bleibt deshalb auf dem Standpunkt stehen, daß ohne ihre Zustimmung diese Sachlage nicht geändert werden könne. Sie steht also die Verneuerung der Ratsfrage als eine wichtige politische Angelegenheit an, während Briand und Chamberlain die Sache mehr als eine Formalität anschauen, von der Deutschland keine Mißbilligung zu erwarten habe. Wer verbürgt aber das polnische Wohlverhalten im Völkerverband? An dieser Garantie fehlt es!

Wenn überhaupt ein Vergleich angestrebt werden soll, so müßte wohl an diesem Punkte eingestuft werden. Entgegenkommen Deutschlands an Polen hat zur Voraussetzung, daß die Reichsregierung ihre Erfahrungen im Völkerverband sammelt, und daß sie dort die Bürgschaften erhält, daß ihre Rechte dort von niemandem geteilt werden. Hieraus kann sie bestehen, weil sie die erste und einzige war, die für den weiteren Eintritt in den Rat in Betracht kam. Stellt sich heraus, daß von Polen oder sonst jemand keine Störungen zu erwarten sind, so könnte ein Provisorium beschlossen werden, dem die endgültige Entscheidung nachfolgen würde. Frankreich hat den größten Einfluß im Völkerverband, es vergibt sich also nichts, wenn es Deutschland gegen Zwischenfälle schützt. Denn diesem sind verhältnismäßig die Hände gebunden, während die Polen volle Selbstbestimmung besitzen. Das ist es doch, worauf es schließlich ankommt. Würde jetzt kein Ausgleich zustande kommen, so wäre nicht nur viel Zeit, sondern noch mehr Vertrauen der Nationen zueinander verloren, und das wäre bedauerlich. Denn ob das Werk zum zweiten Male bis zum Abschluß gefördert werden könnte, ist zweifelhaft. Verbitterung würde freisich ausbreiten!

Der Volkstrauertag in Berlin.

Die Gedenkfeier im Reichstag.

Im Plenarsaal des Reichstages fand am Sonntag mittag eine erhebende Gedenkfeier für die deutschen Gefallenen des Weltkrieges statt. Der Saal und die Tribünen waren überfüllt. Als äußeres Zeichen der Trauer waren die Tribünen mit Trauerflor ausgeschlagen und an der Rückwand herum hingen drei riesige, silber- und schwarzumflossene Vorbeerkränze. Rechts und links vom Präsidentenstuhl verbreiteten je sechs riesige Kerzen feierliches Licht. Eine besondere Weihe wurde der Trauerkundgebung durch die Teilnahme der Studentenkorporationen mit ihren Fahnen gegeben.

In der ehemaligen Kaiserloge hatte Reichspräsident von Hindenburg Platz genommen. Neben ihm bemerkte man den Reichswehrminister Dr. Geßler, den Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, den Chef der Obersten Marineleitung, Admiral Jenter, sowie die Vizepräsidenten des Reichstages, Dr. Nießer und Bell. Auch die übrigen Mitglieder der Reichsregierung unter Führung des Reichskanzlers Dr. Luther waren erschienen und hatten auf der Regierungsbank Platz genommen. Der päpstliche Nuntius Pacelli nahm gleichfalls an der Kundgebung teil.

Nach ergreifenden Darbietungen des Koselischen Männergesangsvereins unter Leitung von Professor Max Stange ergriff Pfarrer Siems, der Präsident des Völkerverbandes Deutscher Kriegsgräberfürsorge, das Wort. Er erinnerte zunächst an den verstorbenen Gedenktag, wobei er auch des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert gedachte. Ebert sei stets ein energischer und freundlicher Mitarbeiter des Völkerverbandes Deutscher Kriegsgräberfürsorge gewesen. Dann führte der Redner weiter aus: Heute habe ich die Freude, den Reichspräsidenten, unseren Hindenburg, in unserer Mitte zu begrüßen. Wir danken ihm für sein Erscheinen im Namen der zwei Millionen Gefallenen, die im Glauben an ihn, den Führer, in den Tod gegangen sind. Gewiß, wir wollen uns hüten vor unwahrscheinlichen Sentimentalitäten am Volkstrauertag. Man kann und darf nicht mehr so trauern, wie man vor 10 bis 12 Jahren es getan hat, als die Todesbotschaft in das Haus kam: „Gefallen!“ Der echte wahre Volkstrauertag ist wahrhaftiges Gefühl inniger Dankbarkeit.

Der Friedensfühler 1916.

Nachgabe Elia-Lothringens gefordert.

In der Sonntagsfortsetzung der Memoiren des Obersten Douze wird der Friedensfühler im Anfang des Jahres 1916 behandelt. Am 20. Januar reiste Douze von London über Paris und Genf nach Deutschland, um sich davon zu überzeugen, ob die Deutschen bereit seien, auf einer mit Lord Grey vereinbarten Grundlage zu verhandeln. Diese sah die Rückgabe Elia-Lothringens, die Abtretung von Konstantinopel an Rußland und den Zusammentritt einer Friedenskonferenz der Nationen zur Verhinderung eines jeden Angriffskrieges vor. In einer Unterredung habe von Jagow angedeutet, daß Deutschland bereit sei, Frankreich und Belgien zu räumen, wenn eine Entschädigung bezahlt werde. Douze wies aber darauf hin, daß die Alliierten einen Vorschlag auf Entschädigungsleistung ganz entschieden ablehnen würden.

Die Krise in England.

Der Kampf um die Sipe im Völkerverband.

Der diplomatische Berichterstatter der „Morning Post“ schreibt, der Vorschlag einer Verneuerung der ständigen Ratsfrage sei weiterhin das Hauptthema der politischen und Völkerverbandskreise im In- und Auslande. Während der letzten Woche empfangen der Premierminister Abordnungen und ungezählte Briefe von Vertretern aller Schattierungen der öffentlichen Meinung, die gegen eine sofortige Verneuerung der ständigen Ratsfrage Einspruch erheben.

Der Genfer Berichterstatter der „Morning Post“ schreibt, ein zweites Locarno werde in Genf abgehalten werden müssen, damit vor der Sitzung der Sonderversammlung des Bundes sowie des Rates eine Vereinbarung erzielt werden könne, bevor Deutschlands Antrag formell vorgelegt werden wird. Es werde geglaubt, daß Deutschland, bevor es Mitglied des Völkerverbandes wird, die Entscheidung über dieses wichtigste der inneren Probleme des Völkerverbandes in Händen haben werde. Es sei die Ansicht der Völkerverbandskreise, daß der Vorschlag, Spanien, Brasilien und Polen Sipe zu gewähren, augenblicklich ganz von Luther und Stresemann abhängt.

Wenn die Deutschen in den vorherigen Besprechungen sich der Verneuerung des Rates widersetzen, so würden sie die Unterstützung Schwedens und wahrscheinlich auch Italiens und Japans im Rate erhalten. Es verlautete jedoch von maßgebender französischer Seite, daß Briand auf seiner Forderung nach einem Sitz für Polen und Spanien nicht bestehen werde, wenn Stresemann dort bleibe.

Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge sei die große Mehrheit der britischen Minister der Ansicht, daß das Kabinett die Politik, die in der Frage der Erweiterung der Ratsfrage befolgt werden solle, festlegen müsse, und daß die Erwägung der Ansprüche anderer Länder als Deutschland bis zur Septemberversammlung des Rates verschoben werden müsse. Soweit Polen in Frage komme, könne endgültig erklärt werden, daß es keine Aussicht habe, im März in den Rat einzutreten.

Chamberlain völlig isoliert.

Der politische Berichterstatter des „Observer“ schreibt: Es ist für das Kabinett Baldwin der ernsteste Augenblick seit seinem Bestehen. Zwischen Chamberlain und der Mehrheit des Kabinetts besteht eine moralische Krise, die fast einer praktischen Krise gleichkommt. Der Ministerpräsident und Chamberlain stimmen in dieser Frage nicht überein. Das Land verlangt, daß die Locarnopolitik fortgesetzt und daß Deutschland zu allererst in den Rat aufgenommen wird, sowie daß die anderen Länder ihre Ansprüche vertragen müssen. Chamberlain hat sich bei seiner Durchreise durch Paris zu sehr mit Ansichten eingelassen, welche die englische öffentliche Meinung sowie die Dominions entschlossen verwerfen. Er will Deutschland versöhnen, ohne Frankreich zu versöhnen. Wenn er am nächsten Sonntag vor der formellen Eröffnung der Völkerverbandsverhandlungen in Genf mit den deutschen Delegierten zusammentreffen wird, wird er alle Karten auf den Tisch legen. Polens Aufnahme in den Völkerverband würde in Deutschland als ein Schlag ins Gesicht, vor allem nach dem Traktat aus dem Völkerverband in Genua, empfunden werden. Der Korrespondent tritt für den alleinigen Eintritt Deutschlands im gegenwärtigen Augenblick ein, sowie für die Ernennung eines Ausschusses durch den Völkerverband, der im Herbst über die Ansprüche anderer Länder auf ständige Ratsfrage Bericht erstatten soll. An einer anderen Stelle hebt der „Observer“ hervor, daß niemals eine größere Übereinstimmung in der britischen öffentlichen Meinung bestanden habe als in dieser Frage. Vierhundert Parlamentsmitglieder und die gesamte Presse verlangen den energischsten Widerstand.

Politische Tageschau.

— Die Berliner Reise des Völkerverbands Neurath. Eine italienische Agentur will aus diplomatischer Quelle erfahren haben, daß der deutsche Völkerverbands Neurath nur deshalb nach Rom zurückkehren werde, um dort seinen Abschiedsbesuch zu machen. Wie man dazu von zuständiger Stelle erfährt, entbehrt diese Nachricht jeder Grundlage. Vielmehr handelt es sich hierbei um einen italienischen Versuchsballon, den aufzufangen in Berlin zur Zeit keinerlei Interesse besteht. Der Besuch des Völkerverbands im Berliner Auswärtigen Amt steht mit den letzten Ereignissen, sowie mit den zu Beginn der Völkerverbandsitzung in Genf akut werdenden Fragen im Zusammenhang.

— Die Reise des österreichischen Bundeskanzlers nach Berlin. Der österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Frank, trifft am 6. März in Wien ein, um mit der österreichischen Regierung über das genaue Programm der Berliner Reise des Bundeskanzlers Dr. Ramek zu verhandeln. Auf Wunsch der deutschen Reichsregierung wird sich Dr. Ramek erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers Dr. Luther und des Außenministers Dr. Stresemann aus Genf, also voraussichtlich in der letzten Woche des Monats März, nach Berlin begeben.

— Zur Nachfolge Raulis. Der „Paris Echo“ glaubt zu wissen, daß der ehemalige Generalsekretär des Generalkommissariats für Elia-Lothringen in Straßburg, Cacaud, zum Nachfolger des vorzeitig zurückgetretenen französischen Delegierten in der Regierungskommission des Saargebietes, Raulis, in Aussicht genommen sei.

— Die Arbeiten der Mandatskommission. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Rom kommen die Arbeiten der Mandatskommission nicht von der Stelle. Die Kommission habe die Besprechung des Drusenstaates, die ihre Hauptaufgabe sei, noch nicht begonnen. Unter diesen Umständen könne der Bericht für die Völkerverbandsversammlung nicht mehr rechtzeitig fertiggestellt werden.

— Am Südtirol. In der Volkshalle des Wiener Rathhauses fand eine von mehreren tausend Personen besuchte Versammlung für Südtirol statt, in der mehrere Innsbrucker Redner über die Südtiroler Frage sprachen. Es wurde eine Entschiedenheit angenommen, in der die österreichische Regierung aufgefordert wird, die Südtiroler Frage vor den Völkerverband zu bringen, da es sich um eine Angelegenheit handle, an der die ganze zivilisierte Welt interessiert sei.

— Eine amerikanische Stimme zur Rede Briands. In einem Leitartikel schreibt die „New Yorker Times“ zur letzten Rede Briands: „Alles, worauf es ankommt, ist eine Atmosphäre einmütiger Zusammenarbeit, wie sie bereits im Völkerverband besteht. Dazu kann nichts besser beitragen, als die Anerkennung, die Briand der Größe des deutschen Volkes zollte, des Volkes, mit dem Frankreich sich in mörderischem Kampfe gemessen hat, und mit dem es hinfort in Güte zusammenarbeiten muß. Die Rede Briands stand in scharfem Gegensatz zu dem von Mussolini angeschlagenen Mißton.“

Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. März.

Eine Vorlage zur Änderung des Reichspostfinanzgesetzes wird dem Hauptausschuß überwiesen. Nach dem Gesetzentwurf soll die Gesamtzahl der Mitglieder des Reichspostverwaltungsrates von 31 auf 37 erhöht werden.

Darauf wird die zweite Lesung des Haushaltsplanes für 1936 beim Reichsarbeitsministerium

Reichsarbeitsministerium

fortgesetzt, und zwar bei der Volkswirtschaft und Sozialpolitik im allgemeinen und beim Arbeiterschutz.

Abg. Graumann (Soz.) hält am Achtstundentag fest. Er gebe die Möglichkeit, die Wirtschaftlichkeit Deutschlands zu steigern. Die Befürchtungen, die daran geknüpft wurden, seien hinfällig. Der Redner fordert baldige Vorlegung des Arbeitszeitgesetzes.

Abg. Thie (D. Sp.) bedauert, daß der deutsche Einfluß beim internationalen Arbeitsamt so gering sei.

Abg. Hädel (Komm.) wirft dem Arbeitsamt vor, daß es gegen die proletarischen Interessen arbeite.

Abg. Schneider-Berlin (Dent.) fordert gleichfalls Zulassung des Deutschen als Antisprache beim Arbeitsamt und stärkere Vertretung Deutschlands in der Verwaltung des Arbeitsamtes. Weiter schenke man in Bezug den Angestelltenfragen nicht die nötige Beachtung.

Abg. Frau Sander (Soz.) bemängelt die mangelhafte Durchführung der sozialen Vorschriften.

Preussischer Landtag.

Berlin, 1. März.

Der Preussische Landtag beriet am Montag zuerst den kommunistischen Antrag, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß sämtliche Verfahren vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, an denen der verhaftete Landgerichtsdirektor Jürgens mitgewirkt hat, wieder aufgenommen und einer Nachprüfung unterzogen werden.

Ein Antrag Bachem (Dnt.), die Große Anfrage der Deutschen nationalen über die Rückwirkungen von Locarno gleichfalls heute noch auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt. Es folgt die Beratung des kommunistischen Antrages über

den Fall Jürgens.

Abg. Pink (Komm.) begründet ausführlich den kommunistischen Antrag. Jürgens habe sich zu einer demagogischen und verbrecherischen Sache gegen die Kommunisten mißbrauchen lassen. In Hannover seien ihm während des Krieges bereits 60 Fälle von Betrug, Freiheitsberaubung und Mißbrauch der Amtsgewalt durch die Staatsanwaltschaft vorgeworfen worden. In Leipzig habe sich Jürgens als Untersuchungsrichter am Staatsgerichtshof der Zugenbeeinflussung und Einschüchterung der Angeklagten schuldig gemacht.

Abg. Leinert (Soz.) hält den kommunistischen Antrag für nicht weitgehend genug und beantragt im übrigen Ueberweisung an den Rechtsausschuß.

Abg. Baeder (Dnt.) stimmt der Ueberweisung zu und erklärt, daß Jürgens niemals Beziehungen zu deutschen nationalen Kreisen gehabt habe.

Darauf wird der kommunistische Antrag dem Rechtsausschuß überwiesen.

Das Haus wendet sich der zweiten Beratung des Etats des Innenministeriums zu.

Letzte Nachrichten.

Raubmord in Frankfurt. — Der Täter verhaftet.

Frankfurt a. M., 1. März. Ein 21-jähriger erwerbsloser Mechaniker überfiel am Montag eine 45-jährige Spezialewarenhandlerin in ihrer Wohnung und verletzete die Frau mit einem Hammer äußerst schwer. Dann raubte der Verbrecher die Bodenkasse und flüchtete. Der Täter ist ein Freund des Sohnes der Ueberfallenen; er konnte bereits verhaftet werden und hat ein volles Geständnis abgelegt. Die Frau dürfte kaum mit dem Leben davonkommen, da die hintere Schädeldecke vollständig getrennt ist.

Der Strafantrag im Prozeß Holmann-Bartels.

Berlin, 1. März. Im Prozeß Holmann-Bartels stellte die Staatsanwaltschaft folgenden Strafantrag: Der Angeklagte Bartels ist wegen Bestechung zu einem Jahr fünf Monaten Gefängnis, wegen einfacher Urkundenfälschung zu drei Wochen

Das einsame Schloß.

Roman von Erich Ebenstein.

Urheberrecht durch Stuttgarter Romanzentrale
C. Ackermann, Stuttgart.

„Ich bin überzeugt, daß der Mann, den sie sucht...“
der über die Dächer kletterte... gar nichts mit dem Morde
an unserem Verwandten zu tun hat!“

„Ah — wie kommen Sie zu dieser Ansicht?“

„Ich... ich habe es im Gefühl.“

Ein blühartiges Lächeln zuckte unmerklich über Elias
Hempels Antlitz.

„Sie kennen diesen Mann? Haben Anhaltspunkte da-
für, daß er nicht der Täter ist?“

Eine Sekunde lang zögerte Hella mit der Antwort.
Ein flackernder Glanz huschte in ihrem immer noch auf die
Wand gehefteten Blick und erlosch jäh wieder.

„Nein“, sagte sie dann scheinbar gleichgültig, „ich kenne
ihn nicht und habe auch keine Anhaltspunkte für seine Un-
schuld. Ich vermute bloß, daß ein anderer der Täter sein
muß!“

Wieder zuckte das unmerkliche Lächeln um Hempels
Mund. Wie ungeschickt im Lügen sie war. Als ob er sie
nicht sofort durchschauen hätte und nun ganz genau wußte,
warum sie zu ihm gekommen: Sie kannte den Dachkletterer,
interessierte sich für ihn und hatte Angst, daß die Polizei
seiner doch habhaft werden könnte. Irgend ein Um-
stand ließ sie fest an seine Unschuld glauben, zugleich aber
auch fürchten, daß er sich gegebenenfalls nicht genügend
rechtfertigen könne. Darum mußte der wahre Mörder ge-
funden werden! Um so den anderen zu retten.

Aber nichts von diesen Gedanken spiegelte sich in Hem-
pels Gesicht, das einen vollkommen harmlosen Ausdruck

trug, während er sich nun nochmals bereit erklärte, die
Sache zu übernehmen.

„Um eines möchte ich Sie noch ersuchen, Herr Hempel“,
sagte Hella, sich zum Fortgehen anschickend. „Niemand,
auch meine Mutter nicht, soll erfahren, in wessen Auftrag
Sie arbeiten. Ich bitte Sie daher um strengstes Still-
schweigen über diesen Punkt.“

„Wie Sie befehlen, gnädiges Fräulein. Ich werde
schweigen wie das Grab. Sollte sich die Notwendigkeit er-
geben, Sie in dieser Sache zu sprechen, werde ich mir er-
lauben, mich Ihnen in einer ganz unverständlichen Form
melden zu lassen. Wunders Sie sich also nicht, wenn etwa
ein Zimmermaler Ihnen Muster vorlegen, oder ein Ge-
schäftsvertreter Ihnen Gegenstände persönlich abliefern
will, die Sie nie gekauft haben. Sie müssen mich in einem
solchen Fall unter allen Umständen vorlassen.“

Ein schwaches Lächeln glitt über Hellas Züge.

„Ich werde daran denken. Guten Abend, Herr Hem-
pel!“

Er begleitete sie bis an die Flurtür und kehrte dann
gedankend in sein Zimmer zurück. Dort setzte er sich,
seinen gelben Anorakater Mütze, der es sich dort bequem
gemacht hatte, beiseite schiebend, auf das Sofa, zog eine alte
silberne Schnupftabakdose aus der Tasche und nahm rasch
nacheinander mehrere Puffs.

Er tat dies immer, wenn er eine Sache geistig in sich
verarbeitete. „Gedanken klarmachen“ nannte er es.

Der Fall Rosenknecht interessierte ihn nun ungewöhn-
lich stark. Er „entwickelte“ sich. Das Eingreifen Hella
Ludmanns kam entschieden unerwartet und rückte alles
in andere Beleuchtung.

Daß sie den von der Behörde so sehnlich gesuchten Dach-
kletterer kannte, schien Hempel eben so zweifelhaft, als daß

Gefängnis, im ganzen zu einem Jahr, fünf Monaten und drei
Wochen Gefängnis zu verurteilen. Fünf Monate und drei
Wochen Untersuchungshaft sind anzurechnen. Die bürgerlichen
Ehrenrechte werden dem Angeklagten nicht abgesprochen, jedoch
wird ihm das Recht zur Velleidung öffentlicher Ämter auf
die Dauer von fünf Jahren verweigert. Der Betrag von 24.000
Mark, den der Angeklagte als Bestechung erhalten hat, wird
der Staatskasse verfallen erklärt.

Belgien teilt den Standpunkt Schwedens.

Berlin, 1. März. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“
meldet, daß das Gerücht, Belgien stehe in Frage der Ratifizierung
auf dem schwedischen Standpunkt, heute auch in französischen
Völkerbundkreisen bestätigt wird. Belgien soll überdies ge-
äußert haben, im Falle einer Veränderung der ständigen Rats-
sitze beabsichtige es, die gleichen Ansprüche anzumelden wie
Spanien, Brasilien und Polen, zu denen bekanntlich zuletzt
auch China getreten ist.

Von Mussolini selbst befohlen.

Paris, 1. März. Cesare Rossi, der ehemalige Presseschef
Mussolinis, der an den Vorbereitungen zur Ermordung
Matteottis hervorragenden Anteil genommen hatte und seit
seiner vor kurzem erfolgten Anwesenheit in Nizza lebt, ver-
öffentlicht im „Petit Nicose“ eine Erklärung, in der er es
ablehnt, sich von demjenigen, der die Ermordung Matteottis
angeordnet habe, begnadigen zu lassen und ankündigt, daß er
den Nachweis erbringen werde, daß alle Gewalttaten in
Italien von Mussolini selbst befohlen und angeordnet gewesen
seien und daß dieser, um der Befestigung seiner Macht und
Sicherheit willen, Italien in einem dauernden Kriegszustand
halte.

Aus Nah und Fern.

Δ Aus dem hessischen Finanzausschuß. Bei der letzten
Beratung des Finanzausschusses machte Finanzminister Hen-
rich, der von seiner Berliner Reise zurückgekehrt ist, vertrau-
liche Mitteilungen über das Ergebnis seiner Verhandlungen.
U. a. verläutet, daß auf dem Gebiete der Sparmaßnahmen
eine Kommission der Länder in Aussicht genommen ist. Wie
weiter bekannt wurde, ist es wahrscheinlich, daß das Besol-
dungsstoppgesetz auch über den 1. April hinaus verlängert
wird. Der Antrag Galm (Komm.) auf Nichterhebung der
rückständigen Kirchensteuern wurde abgelehnt. Betr. Bau-
zuschüsse wurde ein Antrag Landenbacher (Str.) angenommen,
nach welchem ein Kredit von 2 Millionen Mark zur Ver-
fügung gestellt werden soll.

Δ Keine Aufhebung des Lehrstuhls für Pharmakologie in
Darmstadt. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, trifft
die Meldung, daß die Aufhebung des Lehrstuhls für Pharma-
kologie an der Technischen Hochschule Darmstadt geplant ist,
nicht zu.

Δ Die Revision im Fall Hille verworfen. Die von dem
früheren sozialdemokratischen Stadtverordneten, Obersekretär
Hille beim Reichsgericht eingelegte Berufung gegen die wegen
Unterschlagung verhängte mehrmonatige Gefängnisstrafe ist
vom Reichsgericht an das Oberlandesgericht Darmstadt zu-
rückverwiesen und von diesem abschlägig beschieden worden.

Δ Postillons Abschied. Von den Einwohnern der Stadt
Worms nahm der Postillon Abschied. Die letzten geschmück-
ten Postwagen, gelenkt von dem in seiner Galauniform hoch
auf dem Postkutschkasten sitzenden Postillon, der zum letzten
Male in sein Horn stieß, fuhren durch die Stadt, gefolgt von
den an ihre Stelle tretenden neuen Postpferdewagen, die
nunmehr hier zur Einführung gelangen. Der Fortschritt der
Technik hat auch nun diesem Städtchen Romantik ein Ende
bereitet.

Δ Im Streit erstickt. In Frankfurt a. M. hat ein
lediger Metzger einen im gleichen Hause wohnhaften Eisen-
bahnarbeiter nach vorausgegangenen Streitigkeiten mit einem
feststehenden Messer erstickt. Der Täter wurde in Haft
genommen.

Δ Die älteste Einwohnerin Kassels. Die im städtischen
Wohlfahrtsheim in Kassel wohnhafte Urgroßmutter Katha-
rina Sturm beging gestern ihren 95. Geburtstag in verhält-
nismäßig guter körperlicher und geistiger Rüstigkeit. Sie ist
die älteste Einwohnerin Kassels.

Δ Umfangreiche Betrübereien bei einem Bankhaus. Der
vor einigen Tagen mitgeteilte Zusammenbruch des Bank-
hauses Herz in Lima ist, der zur Verhaftung der Inhaber
geführt hat, scheint zu einem Betrug größeren Stils auszu-
wachsen, dessen Opfer die Gläubiger, Kreditgeber und Inhaber
Bankier Herz selbst geworden sind. Die groß-
zügigen hat offenbar ein in der Inflationszeit auf-
gekaufter Mitinhaber ausgeführt, der es im Verein mit
treuen Angestellten verstand, die Bücher in der raffiniert-
sten Weise zu fälschen. Bücherrevisoren sind im Auftrag
Staatsanwaltschaft mit der Nachprüfung der Geschäftsbücher
beschäftigt.

Δ Absturz eines französischen Flugzeuges. Bei einer
Übung im Maschinengewehrchießen von vier französi-
schen Militärflugzeugen über dem Großen Sand in Mainz
fielen zwei Maschinen. Ein Flugzeug mit zwei Besatz-
mitgliedern stürzte aus 1200 Meter Höhe ab. Die beiden
wurden getötet.

Δ Zu Tode gedrückt. Ein 15-jähriger Schlosser-
lehre mit seinem Meister am Finger Hafen arbeitete
an der Vesperpause, um sich im Hafengelände auszu-
ruhen. Dabei kam er den Schienen der Hafenbahn zu nahe,
von einer Lokomotive erfasst und gegen einen Pfeiler
gedrückt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Der Volkstrauertag in Hessen und Hessen-Nassau.

Der Volkstrauertag wurde in der Provinz Hessen
und im Staat Hessen in der würdevollsten Weise begangen.
In allen Städten und Gemeinden wurde durch die Kirchen-
leitungen um die Mittagszeit mahnen, eindrucksvoll
Gedächtnis der gefallenen Soldaten.

Als Einleitung der Veranstaltungen in Frankfurt
am Main fand an den Gräbern des „Ehrenfeldes“ unter Mit-
nahme der Ehrenfeld-Gesellschaft, „Konfordia“ und Sänger-
vereine der Kapelle des Deutschen Musikerverbandes eine
druckschwere Gedächtnisfeier für die Gefallenen statt.

Die Hauptgedächtnisfeier in Darmstadt fand in
den Sälen des Landesjägers statt, wobei Landesjugend-
führer v. d. Au eine zu Herzen gehende Gedächtnisrede hielt.
Feier gestaltete sich durch die Darbietungen des städti-
schen Orchesters zu einer würdevollen Kundgebung des Ge-
dächtnis für die Gefallenen.

Auch in allen anderen Städten und Gemeinden des
staates Hessen und der Provinz Hessen-Nassau, insbeson-
dere Wiesbaden, Mainz, Offenbach, Hanau usw. haben die
Einwohner einen würdevollen Verlauf genommen.

* Weilbach. (Die Maus im Brot). Ein hiesiger
Brotbacker machte beim Abendessen, als er ein
vom Bäcker gebackenes Brot anschnitt, die weniger at-
traktive als interessante Entdeckung, daß in dem Brot
eine Maus eingekaut war, die er mitten durchgeschnitten.
In voller Aufregung rannte er zum Bäcker und legte
das Corpus delicti vor, doch der behauptete, das Brot
nicht von ihm. Ein Wort gab das andere, und
Schluß warf der Arbeiter dem Bäcker den Laib Brot
solcher Wucht an den Kopf, daß eine blutende Wunde
entstand, dann eilte er davon. Am anderen Morgen
prangte am Haus des Bäckers zum Gaudium der
Jugend ein großes Plakat mit der Aufschrift: „Mausbrot“.

Aus aller Welt.

□ Durch Hufschlag getötet. Ein 32 Jahre alter
ratierter Landwirt in Söhre n o d wurde beim Füttern
seines Pferdes durch Hufschlag so schwer an der Stirn getroffen,
er nach seiner Einlieferung in das Birmanenser Krankenhaus
starb.

□ 40.000 Mark aus einem Postamt gestohlen. Nach
brachen Diebe in das Postamt in Wollin ein. Sie erbrachen
einen Geldschrank und raubten 20.000 Reichsmark in bar
für etwa 20.000 Reichsmark Wertgegenstände. Als Täter dür-
ften auswärtige, möglicherweise Berliner Einbrecher in Frage
kommen.

□ Politische Prügelei in Berlin. In Weissenhof kam
zu einem Zusammenstoß zwischen Mitgliedern des Stahl-
werks und Reichsbannerleuten, bei dem auch mehrere Schüsse
abgefeuert wurden. Die Weissenhofer Polizei konnte sieben
Täter verhaften. Bei den Festgenommenen wurden
Schulwaffen beschlagnahmt. In einem anderen Stadtteil
wurden fünf Nationalsozialisten, die sich in wüsten Beschimpfungen
auf die Regierung ergingen, festgenommen. Bei einem
Verhafteten wurde ein Totschlagger gefunden.

er ihr nahe stand und sie von seiner Schuldlosigkeit an
Morde überzeugt war, wenn nicht gar Beweise hatte.

Wer war es? Ihr Geliebter vielleicht? Und hatte
am Ende die Zeit, während der Mord geschah, bei ihr
bracht? In diesem Falle konnte sie freilich kaum die Wahr-
heit sagen, ohne ihren guten Ruf zu gefährden. Oder hat
sie begründeten Verdacht gegen jemand anders, wollte sie
offene Beschuldigung aussprechen und doch einen Unschuldigen
retten, indem sie einfach andere unauffällig auf die
richtige Spur lenkte?

Es ließ ihm keine Ruhe, er mußte noch heute ir-
gendetwas in der Sache tun. Wenigstens den Schauplatz
des Verbrechens wollte er sich ansehen, da er es bis jetzt
der Mühe wert gefunden hatte, sich dahin zu bemühen.

Gleich nach dem Abendessen wanderte er hinaus
in den Gartenstrasse, die an das Villenviertel der Stadt
gränzte. Nummer drei und fünf waren die Häuser, die
suchte. Sie lagen gleich am Anfang der Straße, hatten
beide kleine Vorgärten und nach rückwärts geräumige
Höfe.

„Aha, das Zimmer, in dem der Mord geschah“, dachte
Hempel lächelnd. „Die gute Witwe Wantoch wird
schwer anbringen!“ Damit schlenderte er durch den Hof
nach rückwärts in den Hof. Es war erst acht Uhr vor-
über, also noch völlig hell, der Hof, da die Bewohner meist
Abendessen oder ausgegangen waren, im Augenblick leer.
Nur zwei kleine Kinder spielten in der Ecke.

An Nummer drei hing ein Zettel, der besagte, daß im
ersten Stock ein hübsch möbliertes Zimmer sofort zu ver-
mieten sei.

(Fortsetzung folgt.)

Die Verfehlungen bei der Breslauer städtischen Spar-
kassen. Nach den neuesten Feststellungen ist an dem Amts-
verbrechen bei der Sparabteilung der städtischen Sparkasse in
Breslau nicht nur der Stadtkammernmann Paul, sondern
wahrscheinlich fünf bis sieben weitere Angestellte beteiligt.
Die Voruntersuchung ist eingeleitet. Bei den Verfehlungen
handelt es sich um insgesamt 155 000 Mark.

Neues Sprengstoffattentat in Oberschlesien. In Laura-
bach wurde vor dem Fenster der Wohnung eines Gruben-
steigers, der den Polen seit langem verhaßt war, eine Spreng-
kapsel zur Explosion gebracht. Verletzt wurde niemand.

Ein eigenartiger Theaterunfall. Bei einer „Carmen“-
Aufführung im Stadttheater in T o u r s wurde die Darstellerin
der „Carmen“ bei einer Aufführung im letzten Akt durch ihren
Partner erschossen. Der Darsteller des José handhabte
seinen Theaterdolch so unvorsichtig, daß die Carmen Stich-
wunden davontrug und vom Arzt verbunden werden mußte.

Acht Arbeiter von einem eingestürzten Kamin begraben.
Auf der Mischevillehütte in Billerup (Lugemburg) sollten
Arbeiter den großen Kamin ausbessern. Blosch fiel das
Bauwerk unter gewaltigem Getöse um und begrub acht
Arbeiter unter den Trümmern, die nur als Leichen geborgen
werden konnten. Eine Anzahl anderer soll verwundet sein.
Die Fundamente des schweren Bauwerks hatten anscheinend
gelitten. Die endgültige Zahl der Toten steht noch nicht fest.

Einführung der Sommerszeit in Frankreich. In Frank-
reich wird die Sommerszeit am 17. April eingeführt.

Die Sunlight-Fabrik zerstört. In der Port-Sunlight-
Fabrik der Dever Brothers in L o n d o n brach ein Feuer aus.
200 Arbeiter retteten sich aus der brennenden Fabrik, einem
sechsstöckigen Gebäude. Das Feuer entstand im sechsten Stock-
werk, wo Hunderte von Tonnen Seife lagen. Die
Fabrik ist vollständig niedergebrannt.

Fünf Jahre ohne Nahrung. Nach einer Meldung aus
Madrid untersucht die medizinische Fakultät Saragossa streng
wissenschaftlich eine gewisse Amalia Barata Baraca in der
Provinz Burgos, die seit über fünf Jahren lebt ohne zu essen
und zu trinken und ohne jeden Stoffwechselvorgang. Der Fall
wird dem nächsten Medizin-Kongress in Stockholm vorgelegt
werden.

Der Abschluß der Grünen Woche. Die Grüne Woche,
die große Berliner landwirtschaftliche Messe und Ausstellung
auf dem Gelände Kaiserdamm hat ihre Pforten geschlossen.
Von besonderem Interesse war die Geflügel- und Rindvieh-
ausstellung, die von den Landwirtschaftsministerien veranstaltet
war. Das wirtschaftliche Ergebnis der Grünen Woche ist im
Vergleich zu manchen anderen Messerveranstaltungen als recht
günstig zu bezeichnen und berechtigt dazu, diese Veranstaltung
zu einer ständigen Berliner Einrichtung zu machen.

Gerüstesturz. Auf dem im Bau befindlichen Groß-
kraftwerk Berlin-Neu-Magdalenenburg stürzte ein Teil des Bau-
gerüsts zusammen. Zwei auf dem Gerüst befindliche Arbeiter
stürzten in die Tiefe. Der eine brach das Genick und war auf
der Stelle tot, während der andere so schwere Verletzungen
erlitt, daß er nach Anlegung von Notverbanden ins Kranken-
haus geschafft werden mußte.

Großfeuer. In Neustettin entstand ein großer Brand
in einer Pension, wobei der Dachstuhl des Hauses eingestürzt
wurde. Es gelang, die vierköpfige Familie mit einer großen
Feuerwehreinheit zu retten, während ein 23-jähriges Mädchen,
das in der Pension Kochen lernte, nur als Leiche geborgen
werden konnte.

Lozales.

Flörsheim am Main, den 2. März 1926.

Für die Gedächtnisfeier gingen ein: Ruder-Verein
1908 25 Mk., Familie S. 20 Mk., Ungenannt 2 Mk., durch
den Schiedsrichter Ab. Hartmann 5 Mk., Weichensteller-
Verein 4 Mk. und Statgesellschaft 1.55 Mk.

Verammlung. Samstag Abend 8 Uhr findet eine
öffentliche Volksversammlung im Gasthaus „Zum Hirsch“
statt, mit dem Thema: Volk und Fürstenabfindung. Es
spricht Frau Köhle-Frankfurt. Näh. in der Donnerstags-
nummer.

Der Tod auf der Landstraße. Gestern Nachmittag
ereignete sich auf der Straße nach Sindlingen ein bedauer-
licher Unglücksfall. Ein Motorrad stieß an einer Kurve
mit einem Lastauto zusammen. Der Besitzer des Motor-
rades, Wendel aus Oberhöchstädt, war auf der Stelle tot,
während sein Begleiter, der 25-jährige Nikolaus Winau
aus Hochheim am Main) schwere Verletzungen davon-
trug und ins höchste Krankenhaus verbracht werden
mußte.

r. Rundfunk. Die Gedenkfeier aus Anlaß des „Volks-
trauertages“ am vergangenen Sonntag im Plenar-Sitzungs-
saal des Reichstagsgebäudes in Berlin wurde nach Frank-
furt am Main übertragen und hier durch die Sendestation
verbreitet. Sie war am Apparat durch den Hörer in
allen ihren Teilen sehr deutlich vernehmbar. Die An-
sprache hielt der Präsident des „Volksbundes der deut-
schen Gräberfürsorge“, Herr Siemens-Charlottenburg. Alle
wichtigen Veranstaltungen können jetzt durch die Erfin-
dung des Rundfunks der Allgemeinheit zugänglich ge-
macht werden.

Ausstellung christlicher Kunst. Durch das dankenswerte
Entgegenkommen der „Vereinigung Mainzer bildender
Künstler“ ist es ermöglicht, vom 27. Februar ab in Mainz
eine Ausstellung christlicher Kunst zu veranstalten. Es
werden Werke solcher Künstler gezeigt, die der „Deutschen
Gesellschaft für christliche Kunst“ (St. München) angehö-
ren. Den Grundstock der Ausstellung bilden Originale
der Malerei, Bildhauerei, Kleinplastik und Graphik, welche
verfloßenes Jahr auf der sogenannten „Biennale“ in der
Via Nazionale in Rom gezeigt wurden. Die Schöpfun-
gen deutscher Künstler fanden in dieser internationalen
Schau allgemein günstige Beurteilung und bewundernde
Anerkennung. So wird diese Ausstellung bei dem kunst-
interessierten Publikum von Mainz und Umgebung be-
sonderem Interesse begegnen. Die „Mainzer Vereinigung
bildender Künstler“ hat in besonderer Weise dazu beige-
tragen, daß die Ausstellung ermöglicht wird, da sie ihre
Räume in der Armenkassiererei bereitwilligst und
selbstlos zur Verfügung gestellt hat.

Aufnahme in die höheren Schulen von Mainz. In
diesen Tagen werden die Anmeldungen, darunter auch
die für die Handels-Realschule, Mainz Steingasse 6 entgegen-
genommen. Wenn nach den vier bzw. drei Schuljahren
der Grundschule für viele Eltern die Zeit gekommen ist,

ihre Kinder einer staatlichen höheren Lehranstalt zuzu-
führen, so erhebt sich die Frage, welche Schule gewählt
werden soll. Um solchen Schülern, die sich in der Wirt-
schaftslehre betätigen wollen, einerseits eine theoretische
Berufsvorbereitung zu geben und ihnen andererseits eine
abgerundete höhere Schulbildung zu vermitteln, als sie
den Anstalten geben, bei denen die Obersekundareise nur
Zwischenglied ist, wurde die Handelsrealschule errichtet, doch
wurde darauf Bedacht genommen, daß begabte Schüler,
die sich erst im Laufe der Schulzeit entschließen, die Ma-
turitätsprüfung abzulegen, den Anschluß an die Oberse-
kunda der Oberrealschule finden können. Der Lehrplan
der Handels-Realschule weicht in den Klassen Sexta, Quinta,
Quarta und Untertertia kaum von dem der Oberrealschule
ab; in Obertertia und Untersekunda treten zu den Fächern
der Oberrealschule, die zum Teil in ihrer Wochenstunden-
zahl gekürzt sind, Korrespondenz, Handelslehre, Buchführung,
Stenographie, kaufmännisches Rechnen und wahlweise wirt-
schaftstechnische Übungen hinzu. Auch in den übrigen
Fächern wird dem besonderen Charakter der Anstalt Rechnung
getragen. So empfiehlt sich der Besuch der Handels-Reals-
schule vor allem für jene Schüler, die eine staatliche höhere
Lehranstalt besuchen sollen, um später Kaufmann, Hand-
werker, Geschäftsmann oder dergleichen zu werden. Aber
auch der künftige Beamte, der mit dem Kassens, Rechnungs-
und Steuerwesen zu tun hat, wird die Anstalt mit Vorteil
besuchen. Auch können, wie schon erwähnt, Schüler, die
sich erst später zur Ablegung der Maturitätsprüfung ent-
scheiden, durch den Übertritt in die Obersekunda der Ober-
realschule zum Studium gelangen.

Bekanntmachungen der Gemeinde Flörsheim.

Im Anschluß an den Erlaß des Herrn Ministers des
Innern wird noch folgendes zur Veröffentlichung gebracht:

1. Zweck des Eintragsverfahrens.
Nachdem das Volksbegehren zugelassen ist, schließt sich nun-
mehr das Eintragsverfahren an. Es geht in der Weise
vor sich, daß die Stimmberechtigten die von den Antrags-
stellern vorgelegten Gesetzentwürfe unterstützen wollen, sich in
Listen eintragen die während der genannten Eintragsungs-
frist bei der hiesigen Gemeindebehörde ausliegen. Die
Eintragung erfolgt den Zweck, festzustellen, ob die gezei-
gten vorgeschriebene Mindestzahl von Stimmberechtigten
gültige Unterschriften dafür abgibt, daß der vorliegende
Gesetzentwurf dem Reichstag unterbreitet wird. Wenn
dies festgestellt wird, ist die Reichsregierung verpflichtet,
den begeherten Gesetzentwurf mit ihrer Stellungnahme beim
Reichstag einzubringen.

2. Auslegung der Listen. Eintragsungszeit
Die Eintragsungslisten sind beim hiesigen Bürgermei-
ster Zimmer Nr. 4 öffentlich ausgelegt. Als Eintragsungs-
frist ist die Zeit vom 4. bis einschl. 17. März ds. Jrs.
festgesetzt und zwar für den hiesigen Kreis der Einheits-
liste halber folgende Tagesstunden bestimmt:
am 4. 5. 6. und Sonntag, den 7. März ds. Jrs. liegen
die Listen von Vorm. 8 bis 12 Uhr und Nachm. von 1
bis 5 Uhr aus, vom 8. bis 13. März ds. Jrs. einschließlich,
und vom 15. bis 17. März ds. Jrs. einschließlich, in der
Zeit von 4 bis 7 Uhr Nachm., am Sonntag den 14. März
ds. Jrs. von 11 Uhr Vorm. bis 1 Uhr Nachm. Die Ein-
tragsberechtigten haben sich eigenhändig in die Listen
einzutragen.

3. Zulassung zur Eintragung.
Zur Eintragung ist zugelassen, wer in der zuletzt ab-
geschlossenen oder laufend geführten Stimmliste (d. i. die
bei dem 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 1925 be-
nutzte Stimmliste) eingetragen ist, es sei denn, daß
das Stimmrecht inzwischen verloren gegangen ist,
oder während der Eintragsungsfrist ruht. Andere Personen,
dürfen zur Eintragung nur zugelassen werden, wenn sie
einen Eintragschein besitzen.

4. Eintragschein.
Einen Eintragschein erhält auf Antrag:

a) ein Eintragsberechtigter, der in eine Stimmliste
oder Stimmliste eingetragen ist,

1. wenn er während der ganzen Eintragsungsfrist aus
zwingenden Gründen außerhalb des Ortes sich aufhält,
in dessen Stimmliste oder Stimmliste er eingetragen ist,
2. wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder
Gebrechens in seiner Bewegungsfähigkeit behindert ist
und durch den Eintragschein die Möglichkeit erhält,
einen für ihn günstiger gelegenen Eintragsraum auf-
zusuchen.

b) ein Stimmberechtigter, der in eine Stimmliste oder
Stimmliste nicht eingetragen oder darin gestrichen ist.

1. wenn er wegen Ruhens des Stimmrechtes nicht ein-
getragen oder gestrichen war, der Grund dafür aber nach-
träglich weggefallen ist,

2. wenn er Auslandsdeutscher war und seinen Wohnort
nach Ablauf der Frist zur letzten Auslegung der Stimmliste
oder Stimmliste in das Inland verlegt hat,

3. wenn er nachweist, daß er bei der letzten Auslegung
der Stimmliste oder Stimmliste ohne sein Verschulden
die Frist zur Einlegung eines Einspruches gegen die
Stimmliste oder Stimmliste veräußert hat,

4. wenn er nachweist, daß er erst nach der zuletzt vor-
genommenen Abstimmung stimmberechtigt geworden ist.

5. Zuständigkeit für die Ausstellung von Eintrags-
scheinen.

Zuständig für die Ausstellung ist die Gemeindebehörde
in deren Wählerliste der Eintragsberechtigte ein-
getragen ist. In den Fällen, in denen keine Eintragung
vorliegt, die Gemeindebehörde des Wohnorts des Ein-
tragsberechtigten. Der Grund für die Ausstellung
eines Eintragscheines ist auf Anfordern glaubhaft zu machen.
Über seine Berechtigung zur Antragstellung oder zum Emp-
fang des Eintragscheines muß sich der Antragsteller
oder Empfänger gehörig ausweisen. Die Eintrags-
scheine werden hier bis zum Ablauf der Eintragsungsfrist
ausgestellt.

6. Ausfüllung der Eintragsungslisten.
Die Eintragsberechtigten haben alle Spalten der
Eintragsungslisten eigenhändig, vollständig und leserlich
auszufüllen. Die Eintragung muß enthalten:

1. Vor- und Zuname, bei Verheirateten oder verhei-
ratet gewesenen Frauen auch den Geburtsnamen,

2. Stand, Beruf, oder Gewerbe,
3. Bezeichnung der Wohnung.
Die Eintragsberechtigten müssen zur Unterschrifts-
abgabe persönlich erscheinen, da eine Stellvertretung bei
Ausübung staatsbürgerlicher Rechte nicht zulässig ist.
Für die Eintragsberechtigten, die nicht schreiben
können, oder wegen Verlust der Hände, oder weil er des
Schreibens völlig unfähig ist, bestehen besondere Bestim-
mungen.

7. Ungültige Eintragungen.
Ungültig sind Eintragungen die:

1. die Person des Eintragenden nicht zweifelsfrei er-
kennen lassen,
2. von nichteintragsberechtigten Personen herrühren,
3. nicht in vorchriftsmäßige Eintragsungslisten ge-
macht sind.

Flörsheim a. M., den 1. März 1926.
Der Bürgermeister: Laud.

Verordnung über Zulassung eines Volksbegehrens.
Auf Grund der §§ 30 und 31 des Gesetzes über den
Volksentscheid vom 27. 6. 1921 (R. G. Bl. S. 790) wird
hiermit verordnet:

§ 1. Auf den von der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands, der Kommunistischen Partei Deutschlands
und dem Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheides
für entschädigungslose Enteignung der früheren Fürsten-
häuser gestellten Antrag wird ein Volksbegehren mit dem
Kennwort: „Enteignung der Fürstenvermögen“ für fol-
genden Gesetzentwurf zugelassen:
Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürsten-
vermögen.

Der Reichstag hat auf Volksbegehren das folgende
Gesetz beschlossen das mit Zustimmung des Reichsrats
hiermit verkündet wird.

Auf Grund des Artikels 153 der Reichsverfassung wird
bestimmt:

Artikel 1. Das gesamte Vermögen der Fürsten, die bis
zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in einem der deut-
schen Länder regiert haben, sowie das gesamte Vermögen
der Fürstlichen Häuser, ihrer Familien und Familienangehö-
rigen werden zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschä-
digung enteignet.

Das enteignete Vermögen wird Eigentum des Landes,
in dem das betreffende Fürstentum bis zu seiner Abse-
lung oder Abdankung regiert hat.

Artikel 2. Das enteignete Vermögen wird verwendet
zugunsten: a) der Erwerbslosen, b) der Kriegsbeschädigten
und Kriegshinterbliebenen, c) der Sozial- und Kleinrentner.
d) der bedürftigen Opfer der Inflation, e) der Landar-
beiter, Kleinpächter und Kleinbauern durch Schaffung von
Siedlungsland auf dem enteigneten Landbesitz.

Die Schlösser, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude
werden für allgemeine Wohlfahrts-, Kultur- und Erzieh-
ungszwecke, insbesondere zur Errichtung von Gefängnis-
und Versorgungshäusern für Kriegsbeschädigte, Kriegs-
hinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner, sowie von
Kinderheimen und Erziehungsanstalten verwendet.

Artikel 3. Alle Verfügungen, einschließlich der hypo-
thekarischen Belastungen und Eintragungen, die mit Bezug
auf die nach diesem Gesetz enteigneten Vermögen, oder
ihre Bestandteile nach dem 1. Nov. 1918 durch Urteil,
Vergleich, Vertrag oder auf sonstige Weise getroffen wurden,
sind nichtig.

Artikel 4. Die Ausführungsbestimmungen zu diesem
Gesetz werden durch ein Reichsgesetz festgelegt, das inner-
halb 3 Monaten nach amtlicher Feststellung des Abstim-
mungsergebnisses zu erlassen ist. Dieses Reichsgesetz hat
insbesondere die näheren Bestimmungen zur Ausführung
des Artikels 2 dieses Gesetzes über die Verwendung der
enteigneten Fürstenvermögen durch die Länder zu treffen.

§ 2. Die Eintragsungsfrist wird auf die Zeit vom 4.
März bis einschließlich 17. März 1926 festgesetzt.

Berlin, den 15. Februar 1926.

Der Reichsminister des Innern: Dr. Kütz.

Arbeitsvergebung.

Im Dachraum des neuen Rathauses soll eine Dach-
kammer eingerichtet und die erforderlichen Arbeiten öffent-
lich in 3 Lose vergeben werden.

(Los 1 Maurerarbeiten, Los 2 Berputzarbeiten, Los 3
Anstreicherarbeiten.)

Die Unterlagen sind ab Donnerstag den 4. März im
Rathause Zimmer Nr. 10 gegen entsprechende Vergütung
erhältlich. Auskunft erteilt: M. Kitz, Bauführer.

Angebote sind verschlossen mit Aufschrift bis Samstag
den 6. März vormittags 11 Uhr im Rathause Zimmer 9
abzugeben.

Es sollen nur hiesige Arbeitskräfte in Betracht kommen.

Als gefunden wurden abgegeben: Mehrere Hauschlüssel,
sowie ein Eisenteil von einem Auto. Eigentumsansprüche
sind im Rathaus, Zimmer 3, geltend zu machen.

Flörsheim a. M., den 2. März 1926.
Der Bürgermeister: Laud.

Kirchliche Nachrichten.

Katholischer Gottesdienst.

Mittwoch 6.30 Uhr hl. Messe für Anna Maria Ristingen Anken-
haus, 7 Uhr 3. Seelenamt für Adam Josef Vertmann.
Donnerstag 6.30 Uhr hl. Messe im Schwesternhaus, 7 Uhr Amt
für Familie Jakob Schmitt, 8.30 Uhr hl. Beichte.

Agenten
Sucht für erstklassige Holzrouten,
Jalousien, Gardinenpanzer etc.
G. Kühner & Co. Neutrode Gasse
Leistungsfähige Fabrik.

la Eiderfettkäse
9 Pfd. M. 6.— franko.
Dampfstofffabrik, Rendsburg.

Mädchen
können das Nähen erlernen.
Näheres im Verlag.

Junger tüchtiger
Gärtner-Gehilfe
für sofort gesucht. Näheres
Thomas Schweifert, Edders-
heim, Janggasse Nr. 1.

Flamm
Tafel, Tisch, Stuhl, Kom-
mode, Spiegel, etc.
ausgezeichnet,
billigste Preise!
im Geschäft!

Die Steuerpflichten im März.

Die Reichsteuern.

1. März: Vereinfachte Einreichung der Bescheide über den Steuerabzug vom Arbeitslohn für das Kalenderjahr 1925. a) Beim allgemeinen Ueberweisungs- und Behörden-Verfahren haben die Arbeitgeber in die Lohnsteuer-Ueberweisungslisten nur diejenigen Arbeitnehmer aufzunehmen, die in einer anderen Gemeinde als in der Beschäftigungsgemeinde einen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hatten; b) beim Marken-Verfahren ist der Arbeitnehmer verpflichtet, seine Steuerkarte und die Einlagebogen an sein Finanzamt abzuliefern und die Arbeitgeber haben hierauf durch Anschlag in den Arbeits- und Geschäftsräumen hinzuweisen.
5. März: Ablieferung der für die Zeit vom 21. bis 28. Februar 1926 einbehaltenen Steuerabzüge der Lohn- und Gehaltszahlungen.
10. März: 1. Fälligkeit der allgemeinen Umsatz- und Grunderwerbsteuer nebst Einreichung der Voranmeldung für Monat Februar 1926 (Monatszahler). Schonzeit 7 Tage. Allgemeine Umsatzsteuer 1 Proz., Grunderwerbsteuer 7,5 Proz. 2. Wertschätzungssteuer für Februar 1926 und Vorlegung einer Anmeldung der Abnehmer zum Kapitalverkehrssteuergesetz in zwei Stufen.
15. März: Ablieferung der für die Zeit vom 1. bis 10. März 1926 einbehaltenen Steuerabzüge der Lohn- und Gehaltszahlungen.
25. März: 1. Ablieferung der für die Zeit vom 11. bis 20. März 1926 einbehaltenen Steuerabzüge der Lohn- und Gehaltszahlungen. 2. Vorausichtlich letzter Termin zur Abgabe der Einkommen- und Körperschaftsteuer-Erklärung.
31. März: 1. Letzter Termin für den Antrag auf Erstattung von Steuerbeträgen, die vom Arbeitslohn einbehalten worden sind. 2. Letzter Termin für den Antrag des Hypotheken-, Grund-, Renten-, Reallasten-, Schiffs- und Bahnpfandrecht-Schuldners auf Herabsetzung der Aufwertung oder Abweichung vom normalen Höchstfalle. 3. Letzter Termin für den Antrag des Hypotheken-, Grund-, Renten-, Reallasten-, Schiffs- und Bahnpfandrecht-Gläubigers auf vorzeitige Rückzahlung abzüglich Zwischenginsen. 4. Letzter Termin für den Antrag des Industrie-Obligationen- und verwandten Schuldverschreibungen-Schuldners auf Herabsetzung der Aufwertung; das Gleiche gilt auch bezüglich der Schuldverschreibungen der Genossenschaften des öffentlichen Rechts und verwandter Körperschaften als Unternehmer wirtschaftlicher Betriebe. 5. Letzter Termin für die Bestellung eines im Deutschen Reich wohnenden Bevollmächtigten zur Entgegennahme von Zustellungen im Verfahren vor der Aufwertungsstelle.

Die Steuern in Preußen.

16. März: Abgabe der Steuererklärung und Bezahlung der Grunderwerbsteuer für die zweite Hälfte des Monats Februar 1926.

15. März: Fälligkeit der Grundvermögens- und Hauszinssteuer pro März 1926. Schonzeit 7 Tage (Steuerklasse).
25. März: Abgabe der Steuererklärung und Bezahlung der Grunderwerbsteuer für die erste Hälfte des Monats März 1926. (Steuerklasse).

Die Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse.

Die Eröffnung der diesjährigen Frühjahrsmesse erhielt ihr besonderes Gepräge durch die Eröffnung verschiedener neu errichteter Messehäuser.

In Anwesenheit zahlreicher Behörden, sowie von Vertretern anderer Körperschaften fand die Eröffnung des neu erbauten Ringmessenhauses statt. Nach Begrüßungsvorreden des Vertreters des Messenamtes und des Erbauers des Messehauses schloß sich ein Rundgang durch die Halle an. Dann wurde die deutsche Kunstausstellung eröffnet und ferner fand durch den griechischen Gesandten in Berlin, Kanellopoulos, die Eröffnung des griechischen Pavillons statt, in dem insbesondere Rohstoffe zur Ausstellung gelangen.

Die Ausstellung der Staatsmonopolverwaltung des jugoslawischen Königreiches wurde ohne besondere Veranstaltung eröffnet, ebenso wie der Betrieb auf der allgemeinen Mustermesse und der technischen Messe ohne jede Feierlichkeit begann.

Starker Besuch des In- und Auslandes.

Der Fremdenverkehr hat bereits eine ganz gewaltige Steigerung erfahren. Sehr zahlreich wird wieder der Besuch aus Österreich und der Tschechoslowakei, aber auch aus Holland sind 800 Besucher gemeldet, mehrere Hundert aus der Schweiz, aus Frankreich und Schweden, nahezu 1300 aus England usw. Ebenso wird man mit einem starken Besuch aus Uebersee zu rechnen haben.

Die Ausstellerzahl der gegenwärtigen Frühjahrsmesse beträgt nach dem vorläufigen Ergebnis der Aufzählung 10 300 Firmen aller Branchen. Bemerkenswert ist dabei, daß die Aussteller aus den entfernteren Gebieten eine relative Zunahme erfahren haben, während der Anteil des engeren Wirtschaftskreises von Leipzig zurückgegangen ist. Auch das Ausland hat eine relative Zunahme von 5,4 auf 5,9 Prozent aller Aussteller erfahren. Im ganzen sind wieder 17 außerdeutsche Staaten auf der Leipziger Messe vertreten.

Unser Garten im März.

Schneeglöckchen, Tulpen, Krokus und Hyazinthen sprossen schon auf den Blumenwiesen und mahnen uns, die winterliche Decke abzunehmen. Solange noch kalte Nächte mit Frost zu befürchten sind, hat es aber damit keine Eile. Wenigstens sollte der Schutz nicht gleich ganz entfernt, sondern nur gelüftet werden. Auch bei den eingewinterten Rosen ist das

Vollständige Aufdecken vor Frühlingsanfang nicht angebracht, wenn nicht andauernd mildes Wetter uns dazu zwingt. Beschneiden der Rosen geschieht erst nach dem Aufbrechen der Knospen, doch starkwüchsige Sorten stärker, schwächliche weniger zurück geschnitten werden. Eine Ausnahme machen nur jene Sorten, die aus dem vorjährigen Holz blühen. B. Marschal Niel, Thon und dergleichen dafür bei Sorten.

Der Garten bietet, nachdem der Boden genügend trocknet ist, bereits viel Arbeit. Es müssen die Standbeete gedüngt und gegraben werden. Von Blumenwiesen sollen Anemonen pflanzen wir dann Gladiolen, Montbretien, Ranunkeln, von den Frühjahrsblühern Silenen, Stiefmütterchen, Vergißmeinnicht, sowie alle ausdauernden Blumen, wenn die Neuanlage derartiger Gruppen beabsichtigt. Schlechtgewordene Rasenflächen werden umgegraben, gedüngt, aber erst im April oder Mai besät. An geeigneter Stelle des Gartens können dagegen Ende des Monats harten Sommerblumenarten gesät werden.

Im Gemüsegarten wird zur gleichen Zeit die Saat aller Kohlarten, welche im April und Mai zum Auspflanzen werden, besorgt, außerdem Radies und Rettich, Borresse, Zwiebel, Möhren, Petersilie, Spinat, Frühbohnen, Puffbohnen. Mit den wärmebedürftigen Buschbohnen man noch bis Anfang Mai warten. Ueberwinterte Setzlinge verschiedener Kohlarten wie Blumenkohl, Wirsing, Kohlrabi auszupflanzen. Erdbeerbette werden gedüngt und graben. Der Schnitt der Beerensträucher und Formobst ist zu beenden. Pfirsiche werden beschneitten, wenn die Knospen deutlich zu erkennen sind. Das Umveredeln schragtragender Obstbäume kann noch ausgeführt werden.

Rundfunk-Nachrichten.

Der Rundfunk in Baden.

Wie die „Badische Presse“ von zuverlässiger Stelle erfährt, soll die Entscheidung über die Erstellung eines Rundfunks in Baden gefallen sein, daß Freiburg den Hauptsender und Karlsruhe einen Zwischensender erhalten soll.

Übertragung der Rede des Reichskanzlers aus Hamburg.

Anlässlich des Besuchs des Reichskanzlers in Hamburg am 2. März wird die Begrüßungsansprache Bürgermeisters Peterken im Rathaus um 6.30 Uhr mittags die Ansprache des Reichskanzlers um 6.45 Uhr mittags über die deutschen Rundfunksender und den Auslandssender verbreitet.

Weiterer großer Eier-Abschlag

Extra schwere braune

Holländer Eier	10 Stück	1.58
Trink-Eier	10 „	1.38
Sied-Eier I	10 „	1.18
Sied-Eier II	10 „	98

Blut-Orangen

3 Pfund nur Mk. 1.00

J. Latscha

2 Weder

Lorenz Schleidt 4., Hauptstrasse 13.

Bekanntmachung.

Am Samstag, den 20. März ds. Jrs. Nachm. 4 Uhr wird an Ort und Stelle die Fährgerechtsame bei Hochheim öffentlich meistbietend für die Zeit vom 1. April 1926 bis einschl. 31. März 1928 verpachtet. Fährgerätschaften sind vom Pächter selbst zu stellen. Die übrigen Bedingungen werden im Termin bekanntgegeben.

Wasserbauamt Frankfurt a. M.





Meine Hühneraugen lassen sich immer mit dem Lebewohl-Zug verpassen. Ein Mittel endlich, das Lebewohl hilft selbstverständlich!

*Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Ärzten empfohlene Hühneraugen-Lebewohl für die Zehen und Lebewohl-Balenscheiben für die Fußsohle, Blechdose (8 Plaster) 75 Pfg., Lebewohl-Fussbad gegen empfindliche Füße und Fußschwellen, Schachteln (2 Bäder) 50 Pfg., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben bei: H. Schmitt, Wickerstr. 10.

Dixin

Das dankbare Seifenpulver

Größte Ergiebigkeit und hervorragende Waschwirkung! Dixin ist für jedes Waschverfahren geeignet. Besonders vorteilhaft auch für Maschinenwäsche zu verwenden! Ohne Chlor.

Näherinnen

— für den mechanischen Betrieb gesucht. —

Mech. Berufskleiderfabrik

H. & F. Adler

Frankfurt a. M.

Bayenstraße 8-14.

Bohnenkangen

(Rottannen) ein Waggon eingetroffen. Außerdem: Baumstämme, Nabenstangen, Radioantennen und sonstige Stangen in jeder Größe zu billigsten Preisen. Kladner, Bahnhofstr. 13 oder Feldbergstr. 3.

Ein Baumstamm

101 Ruten und ein Ader Ruten zu verkaufen oder verpachten. Näh. im Verlos

Bekanntmachung!

Der verehrlichen Einwohnerschaft von Flörsheim zur gefl. Kenntnisnahme, daß wir der Firma Anton Fleisch, Colonialwaren und Delikatessen-Handlung, Eisenbahnstraße 41, Telefon 61, den

Alleinverkauf unserer Spezial-Biere!

in Originalflaschen übertragen haben u. zwar:

- „Echtes Münchener-Haderbräu“
- „Kulmbacher-Keiselbräu“
- „Radeberger-Pilsener“
- „Klosterbräu, Export hell und dunkel“
- „Hader-Nährbier (alkoholfrei, ärztl. empfohlen)“

M. Baumann, Generalvertreter.

Cablian kopflos

Pfd. 24 Pfg.

Mittwoch Abend eintreffend.

J. Latscha